

Juni 2008

Pressemonitoring der türkischen Printmedien

Deutsche Integrationspolitik im Spiegel türkischer Medien

Bundesweiter Einbürgerungstest

Ab dem 1. September 2008 wird bundesweit ein einheitlicher Einbürgerungstest eingeführt. Nur wer ihn besteht, wird den deutschen Pass bekommen. Mit diesem Test wird eine gesetzliche Neuregelung aus dem vergangenen Jahr in die Praxis umgesetzt.

Die Fragen für den bundesweiten Einbürgerungstest wurden mit Unterstützung der Berliner Humboldt-Universität erarbeitet. Wer die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen will, muss danach mindestens 17 von 33 Fragen beantworten können. Bereits in wenigen Wochen will Innenminister Schäuble den Test per Verordnung erlassen. Die Einführung eines solchen Einbürgerungstests erntete Kritik in den türkischen Zeitungen.

Am 02.06.2008 zitierte **TÜRKIYE** den Vorsitzenden der Türkischen Gemeinde in Deutschland (TGD) Kenan Kolat: „Die deutsche Regierung will mit allen Mitteln verhindern, dass die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen wird. Jetzt haben sie wieder eine neue Hürde aufgestellt. Damit wird eindeutig signalisiert: ‚Wir wollen keine Einbürgerungen‘. Die türkischstämmige

Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Sevim Dağdelen, kritisierte ebenfalls den Test: „Das Verhindern von Einbürgerung ist die erfolgreichste Leistung der Bundesregierung. Um diese Leistung weiter aufrecht zu erhalten, hat sie nun ein Einbürgerungstest initiiert. Ihr einziges Ziel ist die Verhinderung der Einbürgerung.“ Auch viele befragte türkische Bürger in Deutschland seien sich einig: „Sie wollen nicht, dass wir Deutsche werden!“ „Den Einbürgerungstest würden auch Deutsche nicht bestehen“, lautet der Titel der **HÜRRİYET** am 12.06.2008.

Am 14.06.2008 forderte **TÜRKİYE** auf ihrer Titelseite: „Böhmer soll den Test selbst machen“ und zitiert den Sprecher der Migrantenorganisation Cinar vom Türkischen Bund in Berlin Brandenburg: „Wie viele Fragen des Einbürgerungstests kann Böhmer beantworten?“ Auf ihrer Europaseiten griff die Zeitung das Thema abermals mit dem Titel: „Wir fragen euch!“ auf. Der Hauptartikel wies darauf hin, dass durch den Test negative Signale an Migranten gesendet werden und rief die Politik auf, die Migranten für die Gesellschaft zu gewinnen und nicht auszugrenzen. Aufgrund dieser Kritik an ihrer Person, sagte die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Maria Böhmer, ihre Teilnahme am bevorstehenden Bundeskongress der Türkischen Gemeinde in Deutschland ab.

„Türkischstämmige Politiker fordern erleichterte Einbürgerung“ titelte **HÜRRİYET** am 15.06.2008 auf ihrer Titelseite. Der am 1. September in Kraft tretende neue Einbürgerungstest gehe in die falsche Richtung und mache deutlich, „dass die deutsche Bundesregierung einbürgerungswilligen Migranten nicht genug vertraut“, so das türkischstämmige Mitglied des Berliner Senats, Bilkay Öney (Bündnis 90/ Die Grünen). Auch das Senatsmitglied der SPD, Canan Bayram, kritisierte: „Die neuen Test werden damit wieder ausgrenzend wirken“

Die Reaktion von deutschen Politikern wurde am 16.06.2008 in der Zeitung **MILLİYET** unter dem Titel „Zuspruch für Einbürgerungstest“ thematisiert. Überrascht zeigte sich dabei die liberale **MILLİYET** über Aussagen des nordrhein-westfälischen Integrationsministers Armin Laschet (CDU), der sich für den Test ausgesprochen habe. Der für seine konstruktive Integrationspolitik bekannte CDU-Politiker habe den Test verteidigt und „sogar noch mehr Fragen gefordert“, berichtet die Zeitung. Auch der Zentralrat der Muslime hatte sich positiv zum Einbürgerungstest geäußert, kommentierte die **TÜRKİYE** am nächsten Tag: Der Test gehe „in die richtige Richtung“, wurde der Generalsekretär Aiman Mazyek

gegenüber dem „Tagesspiegel“ zitiert. Die Kritik des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg (TBB) wies Mazyek zurück. Ein angemessenes Einbürgerungsritual sei „wichtiger Bestandteil einer Kultur der Anerkennung“ und „trage zur Identitätsstiftung bei“, zitierte die Zeitung weiter.

Am 03.06.2008 berichtet die Zeitung **MILLİYET** auf ihrer Europaseite, dass Anwärter auf eine Aufenthaltserlaubnis in Nordrhein-Westfalen seit einem Jahr einem so genannten „Terror-Test“ unterzogen werden. Nach Angaben der Zeitung werden Fragen gestellt wie: Kennen sie sich mit chemischen Waffen aus? Haben sie eine Ausbildung in einem Terrorcamp absolviert? Dieser Sachverhalt sei erst wahrgenommen worden, als Migranten sich über diesen Umgang beschwert hätten. Nun wollen Migrantenorganisationen mit Unterstützung der Universität Münster Beschwerde gegen dieses Vorgehen einreichen. Es könne nicht sein, dass „Akademikern und Schülern mit einem derartigen Generalverdacht begegnet“ werde, so der Sprecher der Universität Münster, Peter Wichmann.

„Keskin fordert doppelte Staatsbürgerschaft“ titelte **HÜRRIYET** am 10.06.2008. Nach Angaben der Zeitung hat der Bundestagsabgeordnete der Linken, Hakki Keskin, erneut die doppelte Staatsbürgerschaft gefordert. Deutschlands Beharren auf die Nicht-Erteilung der doppelten Staatsbürgerschaft sei kontraproduktiv und erschwere die Integration, so Keskin. Im Gegensatz dazu hätten bereits viele europäische Staaten erkannt, dass die Erteilung der Staatsbürgerschaft bei gleichzeitigem weiteren Besitz der „alten“ Staatsbürgerschaft, die Integration und die Teilnahme an der Gesellschaft entscheidend mitbestimme.

Sprachtest im Rahmen des Ehegattennachzugs

Kontroversen hatte ebenfalls die Notwendig von Sprachkenntnissen vor einem Ehegattennachzug ausgelöst. Mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz wurden zum 28.08.2007 im Aufenthaltsgesetz die Anforderungen an den Nachzug von Ehegatten nach Deutschland deutlich verschärft. Insbesondere ist seitdem nachzuweisen, dass Ehegatten, die aus Staaten außerhalb der EU stammen, vor dem Nachzug zum Ehepartner sich zumindest auf einfache Art in deutscher Sprache verständigen können. Dieser Nachweis ist bereits bei der Beantragung des ersten Visums zu erbringen, so dass die Sprachkenntnisse bereits im

Ausland erworben werden müssen. Ausgenommen von diesem Gesetz sind Länder wie die USA, Kanada, Südkorea oder Israel.

Die Schlagzeile der Zeitung **ZAMAN** lautete am 02.06.2008: „Sprachtest für Familienzusammenführung vor dem Verfassungsgericht“. Sie berichtete auf ihrer Titelseite, dass Volker Ratzmann, der Berliner Fraktionsvorsitzende der Grünen, Verfassungsbeschwerde eingereicht hat. Nach Angaben der Zeitung sind die Zahlen von Ehegatten, die nach Deutschland nachgezogen sind, in der zweiten Hälfte von 2007 um 67,5% gesunken.

Özdemir kandidiert für Parteivorsitz

Der Europaabgeordnete Cem Özdemir hat als erster Grüner seine Kandidatur um das Amt als Parteivorsitzender angekündigt. Er will im November für die Nachfolge des scheidenden Parteivorsitzenden Reinhard Bütikofer kandidieren.

Die **HÜRRIYET** titelte am 11.06.2008 mit „Özdemir – Der türkische Obama“. Der Chefredakteur der Europa Ausgabe Kerem Calışkan verglich den türkischstämmigen Grünen-Politiker mit dem jüngst zum US-Präsidentschaftskandidaten gekürten Barack Obama. Die Türken in Deutschland seien mit der schwarzen Bevölkerung der USA vergleichbar, so Calışkan. „Sie stellen die Armen dieser Gesellschaft dar und ihre Jugend wird im Bildungssystem ausgegrenzt. Auch sie wurden einst wie die schwarzen Sklaven anhand ihrer Zähne und ihrer Muskeln ausgewählt“. Aus diesem Grund stelle der Weg Özdemirs und seine jetzige Kandidatur für das Amt des Grünen-Vorsitzenden eine „Erfolgsgeschichte“ dar. Auch er könne, wie Obama, in der deutschen Gesellschaft Wandel bewirken. Entscheidend dabei sei aber, ob die deutsche Gesellschaft auch einen Wandel wolle. Die **MILLİYET** titelte „Die Unterstützung für Özdemir wächst“ und informiert über die wachsende Unterstützung verschiedener Grünen-Politiker für die Bewerbung des türkischstämmigen EU-Parlamentariers. Auch Tübingens Oberbürgermeisters Boris Palmer wurde mit den Worten zitiert: „Er gibt der Partei ein unverbrauchtes sympathisches Gesicht. Er symbolisiert, dass die Partei Zukunft hat“.

Bildungsbericht 2008

Nach der Vorstellung der Ergebnisse des 2. Nationalen Bildungsberichts 2008 hat die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, eine Verbesserung des Bildungsstandes von Kindern aus Einwandererfamilien gefordert. Der Bericht wird im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung herausgegeben.

TÜRKIYE meldete am 13.06.2008 auf der Titelseite „Böhmer: Zuwandererkinder bekommen nicht genug Bildung“. Die Verbesserung der Ausbildungssituation sei an Jugendlichen aus Zuwandererfamilien im Wesentlichen vorbei gegangen. Dabei sollten insbesondere Eltern gestärkt werden. Die Zeitung **MILLİYET** griff am selben Tag die „Ungleichbehandlung bei der Ausbildung“ auf ihrer Titelseite auf. „Jeder zweite Hauptschüler hat auch nach 13 Monaten nach Schulende noch keinen Ausbildungsplatz“ wurde der Bildungsbericht zitiert. Besonders groß seien die Probleme für junge Männer ohne Hauptschulabschluss, mit schlechten Noten sowie für Kinder mit Migrationshintergrund insgesamt. Es grenze oftmals an ein „Wunder“, wenn Jugendliche mit Migrationshintergrund einen Ausbildungsplatz bekämen, so die Zeitung.

Zentrum für Türkeistudien (ZfT): Armutsstudie und Rücktritt des Vorsitzenden Faruk Şen

Diesen Monat zog das in Essen ansässige Institut gleich zweimal Aufmerksamkeit auf sich. Nach einer Studie des Essener Zentrums für Türkeistudien leben 42,5% der Türkischstämmigen und 44% der türkischen Haushalte unter der Armutsgrenze. Die Armutsgrenze liegt in Deutschland unter 781 Euro. Dem Armutsbericht der Bundesregierung zufolge leben 24 Prozent der Gesamtbevölkerung unter der Armutsgrenze. Die Quote bei türkischstämmigen Haushalten ist nahezu doppelt so hoch. Die Hauptgründe dafür sind laut der Erhebung geringe Qualifizierung, häufige Arbeitslosigkeit und geringes Einkommen.

Am 19.06.2008 titelten **HÜRRIYET** und **SABAH** mit der Schlagzeile „Türken leben in Armut“. Auch **TÜRKIYE** berichtet auf ihren Wirtschaftsseiten unter der Überschrift: „Türken in Deutschland leben unter der Armuts Grenze“.

„Türken sind Juden Europas“

Am Ende des Monats wird der „Fall Faruk Şen“ in den türkischen Medien diskutiert, nachdem der Vorstand des Zentrums für Türkeistudien beschlossen hatte, den Direktor seines Postens zu entheben. Hintergrund dieser Kündigung ist ein Artikel, in dem Şen die Türken als „neue Juden Europas“ bezeichnet hat. Der Artikel war in der türkischen Zeitung REFERANS veröffentlicht worden. Mit diesen Äußerungen habe Sen "dem deutsch-türkischen Verhältnis, der Integrationspolitik und vor allem dem Stiftungszweck schwer geschadet", erklärte der ZfT-Vorstand nach seiner kurzfristig einberufenen Sitzung. Die endgültige Entscheidung trifft das Kuratorium, an dessen Spitze NRW-Integrationsminister Laschet steht, Mitte Juni.

Am 30.06.2008 wählte die Zeitung **REFERANS**, die den umstrittenen Artikel Şens veröffentlicht hatte, den Titel „Die Türken haben Şen nicht unterstützt“ und geht auf die Reaktionen der Migrantenorganisationen ein. Weder die Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD) noch die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB) haben sich zu dem Thema geäußert. Am 28.06.2008 titelte die Zeitung **REFERANS** „Die Sensibilität, die die deutschen Medien an den Tag legen, zeigen die türkischen nicht“. Sie zitierte den EU-Parlamentarier der SPD, Vural Öger: „Es gibt Themen in der Politik, bei denen eine zweite Chance gegeben wird, es gibt aber auch Themen, bei der die rote Karte schneller gezückt wird. Leider wird bei Themen in Zusammenhang mit Juden schneller die rote Karte vergeben.“ Dabei glaube er aber nicht, dass Şen aus diesem Grund seines Amtes enthoben worden sei. Vielmehr denke er, dass es auch im Vorfeld bereits Verstimmungen gegeben haben könnte. Dieser Auffassung ist auch der Kolumnist Bayer von der Zeitung **TÜRKIYE**: „Weil er Deutschland kritisiert hat, ist sein 23jähriges Engagement in Gefahr“. Der Kolumnist ist der Auffassung, dass der Artikel Şens nur als Vorwand genutzt wird, um ihn seines Postens zu entheben. Den wahren Grund hierfür sieht er darin, dass Şen die

Verantwortlichen für die schlechte Situation der Türken in Deutschland stets offen kritisiert hätte. Der türkischstämmige Bundestagsabgeordnete der Linken, Hakki Keskin, wurde in der **HÜRRIYET** mit den Worten „Keskin: Falsches Wort gewählt“ zitiert. Der Vergleich, den Şen gezogen habe, sei falsch. Die Erlebnisse der Juden seien nicht vergleichbar mit denjenigen der Türkischstämmigen. Die Zeitung zitiert jedoch weiter, dass Keskin nicht verstehen könne, wieso Şen beim ersten falschen Wort seinen Posten verloren habe.

Wie die **HÜRRIYET** am selben Tag unter dem Titel „Zentralrat der Juden unterstützt Şen“ berichtete, hat sich der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Stephan Kramer, gegen die Entlassung von Faruk Şen als Direktor des Essener Zentrums für Türkeistudien ausgesprochen. Şen sei weder ein Holocaust-Relativierer noch ein Antisemit. Er habe den Vergleich in einer Kolumne gezogen, „um einem jüdischen Unternehmer in der Türkei, der die dortige Fremdenfeindlichkeit verurteilte, beizustehen“.

Die Zeitung **SABAH** meldete unter dem Titel „Özdemir: Äußerungen Şens sind unentschuldig“, dass der Grünen Politiker die Wortwahl Şens aufs äußerste kritisiert.

Europameisterschaft

Zum Ende des Monats erobert die EM die Titelseite der türkischen Zeitungen: Das EM-Halbfinale mit Deutschland und der Türkei wird als „historisch“ bezeichnet.

Am 23.06.08 titelte die **HÜRRIYET**: „Freundschaft soll die Gewinnerin des Spieles sein“. Der Chefredakteur der Europa-Ausgabe, Kerem Calışkan, hofft, „dass es ein Spiel der Freundschaft wird, wer auch immer gewinnt“. „Deutsche und Türken sollen das Spiel Arm in Arm, Hand in Hand, gemeinsam Fahnen schwenkend genießen und sie sollen gemeinsam trinken und gemeinsam den Sieger feiern“, so Calışkan.

Auf den Titel der Bild am Sonntag: „Mittwoch weinen alle Türken“ antwortet die Zeitung **SABAH** am 23.06.2008 mit den Worten: „Wir werden nicht diejenigen sein, die weinen. Auch wir haben eine Lösung – unser Herz“. Nach Angaben des türkischstämmigen Europaparlamentariers der SPD und Tourismus-Unternehmers, Vural Öger, solle das Spiel wie ein Derby zwischen zwei

Istanbuler Mannschaften verlaufen. „Die türkischstämmigen Bürger in Deutschland sehen dies so. Ich glaube, dass es ein Fest geben wird, auf dem sich Deutsche und Türken näher kommen werden“, so Öger.

Der türkische Botschafter Ahmet Acet forderte die Türkischstämmigen am 24.06.2008 in der Zeitung **HÜRRİYET** auf, zu dem Spitzenspiel mit zwei Fahnen zu gehen. Nach Acet wird es bei dem Spiel keine Verlierer geben. „Sie verdienen seit Jahren ihren Lebensunterhalt in Deutschland. Das sollten sie auf diese Weise feiern. Nur so werden sie diesem Tag gerecht.“

Am 25.06.2008, dem großen Tag des deutsch-türkischen EM-Spiels gehört die Titelseite der **HÜRRİYET** mit dem Titel: „Kardeşlik über alles“, „Brüderlichkeit über alles“ dem großen Ereignis. Auf der Titelseite sind außerdem Stellungnahmen des Chefredakteurs der Bild Zeitung, Kai Diekmann, sowie des Chefredakteurs der **HÜRRİYET**, Erugrul Özkök, zu lesen. Beide drücken die Daumen für ihre Nationalmannschaft, betonen aber dass der wahre Sieger die Freundschaft sein müsse. Auch auf den Europaseiten hieß es: „Heute Abend sind wir Brüder, keiner kann uns aufhalten.“ Der Trainer der türkischen Nationalmannschaft, Fatih Terim wurde mit den Worten, „Für beide Länder eine große Ehre“ zitiert. Die Europaseite titelte: „Ein Historisches Spiel“! Auch die **ZAMAN** hatte dem deutschen und türkischen Außenminister die Hälfte der Titelseite gewidmet: Unter dem gemeinsamen Foto hieß es: „Freundschaftspose von Babacan und Steinmeier“. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Prof. Maria Böhmer und der türkische Botschafter Ahmet Acet, die vor dem Bundestag symbolisch Fußball spielten, appellierten „Heute ist ein Tag der Freundschaft“.

Debatte über die EU-Mitgliedschaft der Türkei

Die Debatte um das Verbotsverfahren der Regierungspartei AKP löste auch bei EU-Politikern Reaktionen aus. Am 14. März 2008 hatte der Generalstaatsanwalt Abdurrahman Yalçınkaya ein Verbotsverfahren gegen die AKP beantragt. Die Begründung lautete, dass die AKP ein „Zentrum anti-laizistischer Aktivitäten“ geworden sei. Der Generalstaatsanwalt fordert außerdem ein Politikverbot für 71 Politiker, darunter sind der Präsident Abdullah Gül, der Ministerpräsident und

Vorsitzende der AKP Recep Tayyip Erdoğan und der ehemalige Parlamentspräsident Bülent Arınç. Der stellvertretende Sprecher der deutschen Bundesregierung Thomas Steg erklärte bereits am 17. März 2008, die AKP sei eine eindeutig demokratische Partei und aus freien, fairen und demokratischen Parlamentswahlen 2007 als stärkste Partei hervorgegangen. Das Vorgehen des Generalstaatsanwaltes richte sich damit auch gegen den Willen des türkischen Volkes. Die Bundesregierung habe Vertrauen in die demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien in der Türkei.

„Ein Land, dass die Wahl seines Volkes nicht respektiert, kann nicht EU-Mitglied werden“ zitierte die Zeitung **ZAMAN** am 09.06.2008 den stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (PSE), Hannes Swoboda „Das Verfassungsgericht ist zu weit gegangen. Eine Islamisierung der Türkei sehe ich nicht.“ Swoboda betonte, dass die Entscheidung des Verfassungsgerichtes keine juristische sondern politische Entscheidung sei und die Türkei eine umfassende Verfassungsreform benötige. Er prognostizierte weiter, dass, wenn die AKP verboten würde, das starke Konsequenzen für den EU-Beitrittsprozess hätte. Das Verbot wäre eine antidemokratische Handlung.

Am 17.06.2008 berichtete die Zeitung **TÜRKIYE** „AKP verteidigt sich vor Gericht“ über den Verlauf des Verfahrens. Die schriftliche Verteidigung der AKP lautete: „Der Ministerpräsident der Türkischen Republik und der Vorsitzende der AKP hat sich mit keiner Handlung gegen Laizismus gewendet. Der Anklagesatz des Generalstaatsanwalts erwähnt auch keine Aktivitäten. Deswegen verstößt die Anklage gegen Artikel 69 der Verfassung.“ Auch die Wochenzeitung Cumhuriyet berichtete am 16.06.2008 unter dem Titel „AKP wird ihre grundlegende Verteidigung überreichen“. Die AKP betone auch, dass die Partei nicht der Zentrum der antilaizistischen Aktivitäten, sondern eine Bewegung sei, die den Laizismus vergesellschaftet.

Die **ZAMAN** titelte am 21.06.2008: „Eindeutige Botschaft aus Amerika und von der Europäischen Union: Die Kontrolle durch das Volk darf nicht zunichte gemacht werden“. Nach Aussagen des Parlamentspräsidenten Hans-Gert Pöttering würde ein AKP-Verbot die Beitrittsverhandlungen der Türkei zum Scheitern bringen. Die Entscheidung Irlands hätte nicht diese Macht. Der Sprecher des US-Außenministeriums, Tom Casey, betonte ebenfalls, dass Amerika die türkische

Demokratie unterstütze und forderte das Verfassungsgericht auf, sich die Wahl des Volkes immer vor Augen zu halten. Auch die Zeitung **TÜRKIYE** zitierte die Worte des Ministerpräsidenten unter dem Titel „auf dem Weg in die EU gibt es keine Umkehr“. Die Wochenzeitung Cumhurriyet berichtet am 12.06.2008, dass Kroatien und die Türkei je zwei weitere Verhandlungskapitel eröffnet haben. Damit sind 8 von insgesamt 35 Verhandlungskapiteln mit der Türkei eröffnet.